

### DETAILBESCHREIBUNG

#### Kurze Projektbeschreibung

Durchführung einer selbstverwalteten Volksbefragung zum Zweck der Bewusstseinsbildung und zur Erhebung der Willensorientierung der BürgerInnen zur Zukunft der Verkehrsentwicklung im Pustertal (Südtirol). Verfahrensgrundlage ist ein im Landtag eingebrachtes Volksbegehren zur Direkten Demokratie. Sie hat die Landesregierung zum Überdenken ihrer Straßenausbaupläne veranlasst. Ergebnis und Erfahrung werden anhand von Filminterviews in Bürgerversammlungen in den 11 Gemeinden zur Diskussion gestellt.

#### Ziele des Beteiligungsprozesses

Es sollte

- eine Bewusstseins- und Meinungsbildung stattfinden zum Problem der Verkehrsentwicklung im Tal, vor allem angesichts der Gefahr einer drohenden neuen Transitroute;
- die Bevölkerung des Tales verantwortlich gemacht werden für die Verkehrszukunft ihres Tales;
- die Willensorientierung der BürgerInnen zur Verkehrszukunft im Pustertal erhoben werden;
- ein integrierter Ansatz zur Lösung des Verkehrsproblems, dem nur ein Gesamtkonzept gerecht werden kann, bekannt gemacht werden;
- der Wert direkter politischer Mitbestimmung erfahrbar gemacht werden;
- ein neues Instrument (die Volksbefragung über verschiedene Lösungsmöglichkeiten) in seiner konkreten Anwendung getestet werden;
- die Landesregierung anhand des Ergebnisses zu einem Überdenken ihrer Straßenausbaupläne veranlasst werden.

#### Hintergrund des Beteiligungsprozesses

##### Ausgangssituation

Ausgangspunkt war ein schon Jahrzehnte schwelender Konflikt zwischen Bürgerinitiativen und politischer Vertretung über die anstrebenswerte Verkehrsentwicklung im Pustertal. Straßenausbau und -neubaupläne standen den Vorstellungen von einer Straßenverkehrsreduzierung durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs diametral gegenüber. Tatsächlich konnte keine Seite mit Sicherheit eine Mehrheit der öffentlichen Meinung für sich beanspruchen. Nachdem über viele Jahre hin die verschiedensten Formen des Widerstandes gegen eine für das Tal schädliche Verkehrspolitik immer nur Verzögerungen, aber nicht wirklich ein Abwenden bewirkt haben, schien eine Volksbefragung, angesichts des anstehenden Baus neuer Straßenabschnitte als letzte Möglichkeit eine endgültige Weichenstellung zugunsten des Straßenverkehrs zu verhindern. Diese Möglichkeit hat sich auch insbesondere deshalb angeboten, weil damit das Funktionieren und der Effekt der Anwendung direktdemokratischer Instrumente gezeigt werden konnte, zu deren Weiterentwicklung es in Südtirol schon länger landesweit intensive und auch schon erfolgreiche Bestrebungen gibt.

#### Initiierung des Beteiligungsprozesses

##### Initiierung

Die Anregung zum Beteiligungsprozess ist von einem der altgedientesten Aktivisten des Widerstandes gegen die Straßenausbaupläne an die Initiative für mehr Demokratie, die landesweit die Weiterentwicklung der Direkten Demokratie verfolgt, herangetragen und von dieser aufgegriffen

worden. Die Möglichkeit der Äußerung des Volkswillens nach einem geregelten direktdemokratischen Verfahren wurde als letzte Möglichkeit gegen einen irreversiblen Prozess der Verlagerung der Mobilität auf die Straße gesehen. Der Beteiligungsprozess sollte vor allem ein die ganze Talschaft einbeziehender Meinungsbildungsprozess möglichst weiter Kreise in der Bevölkerung sein und das Ergebnis Klarheit über die tatsächliche Willensorientierung der lokalen Bevölkerung in dieser Frage bringen. Grundbedingung für die Abwicklung des Projektes war die finanzielle und ideelle Unterstützung durch einflussreiche Organisationen in der Talschaft (soziale, kulturelle und umweltorientierte Organisationen, sowie Gewerkschaften). Einen finanziellen Beitrag haben letztlich auch die StimmbürgerInnen selbst bei der Stimmabgabe geleistet.

### Involvierte Personen und Institutionen

Beteiligte sind die unterstützenden Organisationen der selbstverwalteten Volksbefragung, etwa 200 ehrenamtlich tätige Stimmhelfer, die circa 32.000 stimmberechtigten BürgerInnen von elf Gemeinden des Haupttales des Pustertales.

### Gestaltung und Durchführung des Beteiligungsprozesses

#### Prozessdesign

Die Abwicklung des Projektes war vorgegeben durch die Verfahrensregeln, die für das Instrument der Volksbefragung in einem Volksbegehrensgesetzentwurf festgelegt waren, der zu diesem Zeitpunkt im Landtag behandelt worden ist. Betreffend die Kommunikation wurde keine vordefinierte, bestehende Methode angewandt. Entscheidend war der Aufbau einer Unterstützerbasis, indem die Sinnhaftigkeit und die Durchführbarkeit eines solchen Projektes überzeugend deutlich gemacht worden sind. Weiters war die durch eine erfolgreiche Unterschriftensammlung erfolgte Legitimierung der PromotorInnen zur Durchführung der Volksbefragung eine wichtige Motivation.

#### Ablauf

- Sommer 2004: Die Initiative für mehr Demokratie schafft eine Unterstützerbasis bei lokalen Organisationen zur Durchführung der selbstverwalteten Volksbefragung;
- Herbst 2004: das Promotorenkomitee sammelt in 11 Gemeinden des Pustertales ca. 2.900 Unterschriften (ca. 9% der Stimmberechtigten) und erwirbt damit die Berechtigung zur Durchführung der Volksbefragung;
- Winter 2004: Veranstaltungen der unterstützenden Organisationen zur Information der Bevölkerung;
- Februar 2005: allen 32.000 Stimmberechtigten wird ein Abstimmungsheft zugestellt;
- 20. März: in 26 Wahlsektionen von 11 Gemeinden des Pustertales findet die Abstimmung zur Volksbefragung statt. Ca. 32.000 Stimmberechtigte sind aufgerufen abzustimmen;
- Sommer 2005: Aktionen zur Untermauerung des Abstimmungsergebnisses;
- Herbst 2005: Filminterviews mit an der Volksbefragung Beteiligten und politisch Involvierten;
- Frühjahr 2006: Bürgerabende in den 11 Gemeinden zur Aufarbeitung von Bedeutung und Ergebnis der Volksbefragung.

#### Besonderheiten des konkreten Beteiligungsprozesses

Die Besonderheit lag zweifellos in der Tatsache, dass die Volksbefragung zwar streng aufgrund vorgegebener Verfahrensregeln durchgeführt worden ist, diese selbst aber keine gesetzliche Grundlage hatten, dass es sich also um eine Beteiligungsform handelte, die an sich Geltung beansprucht gegenüber der politischen Vertretung, aber dazu nicht die gesetzliche Legitimität besaß. Die selbstverwaltete Volksbefragung war eine Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger angesichts einer noch nicht gewährten gesetzlichen Grundlage, obschon diese vom Autonomiestatut des Landes Südtirol vorgesehen war. Angesichts dieser Tatsache und der in diesem Zusammenhang erfolgten Einschüchterungsversuche war das Mitwirken von über 200 freiwilligen Helfern bei der Durchführung der Volksbefragung und eine Beteiligung von 25% der wahlberechtigten Bevölkerung an der Befragung ein großer Erfolg. Wie CIPRA-Präsident Broggi in seiner Laudatio betonte, handelte es sich bei der selbstverwalteten Volksbefragung um einen eindrucksvollen Akt kollektiver Zivilcourage.

## Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

### Erzielte Ergebnisse

Es kann angenommen werden, dass eine Sensibilisierung der Bevölkerung für die Verkehrsproblematik stattgefunden hat. Die Abstimmung hat ergeben, dass 80% der abstimmenden und am Thema interessierten Bevölkerung einen klaren Vorrang von öffentlichen Verkehrsmitteln in der Verkehrspolitik wünscht. Die Verkehrsproblematik war im Vorfeld der Abstimmung monatelang Gegenstand intensiver öffentlicher Diskussionen. Die Möglichkeit der Abstimmung hat bei den BürgerInnen ein Gefühl der Verantwortung und Zuständigkeit in diesem Problembereich geschaffen. BürgerInnen haben ihre Einflussmöglichkeit auf die Politik erfahren. Vielfach ist Ohnmachtsgefühl und Schicksalsergebenheit in der Bevölkerung überwunden und ein Selbstvertrauen gestärkt worden. Die Landesregierung ist in ihren Straßenausbauplänen gebremst und zum Dialog mit den Betroffenen veranlasst worden.

### Stand der Umsetzung

Das Ergebnis besteht leider nicht in der Berücksichtigung des in der Volksbefragung zum Ausdruck gekommen Willens der Bevölkerung, sondern in der erstmaligen Erfahrung der Bevölkerung, dass es Formen der Mitbestimmung gibt, mit denen sie Einfluss auf die Politik ausüben können. Da dieser Einfluss in diesem Fall noch nicht geltend gemacht werden konnte, ist das Ergebnis ambivalent: einerseits beinhaltet es die Gefahr der Enttäuschung über ein Verfahren, das zwar nie versprochen hat, die politische Vertretung in ihrer Entscheidung zu binden, mit dem aber doch die Hoffnung verbunden ist, gewichtigen Einfluss auf die Politik nehmen zu können; andererseits besteht eine Aktivierung von Bürgerinnen und Bürger, die ihren Rahmen in den fortlaufenden Aktivitäten zur Erwirkung gut anwendbarer und wirksamer politischer Beteiligungsrechte hat. Es handelt sich dabei um Aktivitäten, die mittlerweile auch schon zu weiteren Erfolgen geführt haben. Aus diesem Grund ist die selbstverwaltete Volksbefragung ein wichtiger Baustein auf dem langen Weg zu einer gut funktionierenden Direkten Demokratie in Südtirol.

## Conclusio

### Nutzen des Beteiligungsprozesses

- Der Nutzen liegt im Meinungsbildungsprozess in Sachen Verkehrspolitik, der ohne diese Volksbefragung in diesem Ausmaß nie stattgefunden hätte;
- in der praktischen Erfahrung der Anwendung eines direktdemokratischen Instrumentes und in der Erfahrung der Selbstbefähigung zur Durchführung eines institutionellen Verfahrens, wie es direktdemokratisch erwirkt werden kann;
- im Selbstbewusstsein, das mit der Erfahrung verbunden ist, dass Bürgerinnen und Bürger imstande sind in Eigenregie - ohne Hilfe der Institutionen - einen Prozess der Entscheidungsfindung durchzuführen;
- in der Ermutigung von Organisationen, die auch gegen Einschüchterungsversuchen ihrer Überzeugung gefolgt sind und von Bürgerinnen und Bürger, die ihren Willen zur Willensbekundung eindrucksvoll demonstriert haben.

### „Highlights“ des Beteiligungsprozesses

Bewährt hat sich vor allem die Überzeugung in die Richtigkeit des Angestrebten, in die Durchführbarkeit sowie die Bestimmtheit und Unbeirrbarkeit, mit der die Promotoren und unterstützende Organisationen das Ziel der Durchführung der selbstverwalteten Volksbefragung verfolgt haben. Damit ist erreicht worden, dass sich sehr viele Menschen beteiligt und eine gute und wahrscheinlich unvergessliche Erfahrung gemacht haben.

### „Stolpersteine“ des Beteiligungsprozesses

Problematisch war die parteipolitische Kampagne der regierenden Partei gegen die Volksbefragung und der zum Teil auch gelungene Versuch Bürgerinnen und Bürger davon abzuhalten, diese Möglichkeit zu nutzen. Zudem ist es nicht gelungen, die Befürworter des Straßenausbaus zu einer offenen und öffentlichen Debatte zu bewegen. Diese haben es einem einzigen Parteifunktionär überlassen, nicht nur für die Vorhaben der Landesregierung aufzutreten, sondern auch gegen die Volksbefragung selbst Stimmung zu machen.

## Fact Sheet

### Angewandte Methoden

x	Methode	Methode	x
	Anwaltsplanung	Open Space Konferenz	
x	Aktivierende Befragung	Planspiel	
x	BürgerInnenversammlung	Planungszelle	
	Delphi-Befragung	Runder Tisch	
	Fokusgruppen	SUP am runden Tisch	
	Internet-Partizipation	Workshop	
	Konsensus-Konferenz	Zukunftskonferenz	
	Kooperativer Diskurs	Zukunftswerkstatt	
	Mediation	Andere: Volksbefragung	x
	Neo-Sokratischer Dialog		

### Thematischer Bereich

x	Thematischer Bereich	Thematischer Bereich	x
	Abfallwirtschaft	Telekommunikation	
	Dorf- und Stadtentwicklung	Tourismus und Freizeit	
	Energiewirtschaft	Umweltpolitik allgemein (z.B. Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, o.ä...)	
	Gemeinwesenarbeit	Verkehr und Mobilität	x
	Industrie, Gewerbe, Betriebe	Wasserwirtschaft	
	Kinder- und Jugendpartizipation	Wohnen und Wohnumfeldverbesserung	
	Naturraum	Anderer: politische Mitbestimmung, Bürgerrechte	x
	Regionalentwicklung	Anderer: .....	

### InitiatorInnen

Lucio Tarini, ein altgedienter Aktivist im Widerstand gegen die Straßenausbaupläne im Pustertal und die von ihm angesprochene, den ganzen Prozess initiiierende, organisierende und begleitende Initiative für mehr Demokratie.

### Beteiligte

6 Promotoren, 13 Organisationen (Bürgerforum Bruneck, Plattform Pro Pustertal, Heimatpflegeverband, Umweltschutzgruppe Vintl, AGB / CGIL Bezirk Pustertal, SGB/CISL Bezirk Eisack-Rienz, Dachverband f. Natur- u. Umweltschutz, KVV Bezirk Pustertal, Verein für Kultur und Heimatpflege, Familienverband Bezirk Pustertal, Südtiroler Jugendring, ASGB Pustertal, AVS Sektion Brixen.), ungefähr 200 freiwillige Helfer, 8.338 abstimmende Bürgerinnen und Bürger.

### AuftraggeberIn

Es erfolgte keine Beauftragung. Man kann von einer Selbstbeauftragung der Beteiligten sprechen.

### Kosten und Finanzierung

ca. 10.000 €, die zu wenig mehr als der Hälfte von den unterstützenden Organisationen und den abstimmenden Bürgerinnen und Bürger mit einer Spende getragen worden sind.

## Prozessbegleitung und -beratung

Begleitung, teilweise Organisation und Koordination des Projektes lag in den Händen der Initiative für mehr Demokratie (eingetragene Volontariatsorganisation), das Promotorenkomitee traf die wesentlichen Entscheidungen. Eine Begleitforschung gab es nicht.

## Räumliches Umfeld

Das Gebiet, in dem die selbstverwaltete Volksbefragung durchgeführt worden ist, ist eine Talschaft mit ca. 32.000 Einwohnern und diversen Seitentälern, die aber nicht einbezogen wurden. Das Pustertal ist eines der Haupttäler Südtirols und als solches besonders vom Durchzugsverkehr betroffen und bedroht.

## Zeitplan

1. Juni 2004 bis 1. Juni 2006
2. Oktober 2004: Unterschriftensammlung
3. 20. März 2005: Abstimmung

## Publikationen zu diesem Verfahren

Zur Abstimmung wurde eine sogenannte Abstimmungsbroschüre verfasst und allen Stimmberechtigten im einbezogenen Gebiet postalisch zugestellt. Sie enthält eine Beschreibung dessen, was unter einer selbstverwalteten Volksbefragung zu verstehen ist, erklärt die Gründe für deren Durchführung, gibt Aufschluss darüber, wie sie zustande gekommen ist, wer die Promotoren und die unterstützenden Organisationen sind, wann und wo abgestimmt werden kann, was der Gegenstand der Abstimmung ist, wie abgestimmt werden soll und eine Darstellung der zur Auswahl stehenden vier Szenarien, die mit Pro- und Contra-Argumenten beschrieben werden. Sie enthält ein Faksimile des Abstimmzettels und eine Einladung, mit einer Spende zur Kostendeckung beizutragen.

## Angaben zur Person, die dieses Fallbeispiel zur Verfügung stellt

Der Verfasser, Stephan Lausch, ist Koordinator der Initiative für mehr Demokratie, einer landesweit seit dem Jahr 2000 für den Ausbau der politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger tätigen, im Landesverzeichnis der ehrenamtlichen Organisationen eingetragener Verein. 1956 in Bozen geboren, mit humanistischer Bildung und dem Rüstzeug eines Philosophiestudiums, hat er 1989 das Ökoinstitut Südtirol gegründet, dieses fünf Jahre lang geleitet und im Jahr 1994 die Initiative für mehr Demokratie in Südtirol und im Trentino als Komitee gegründet, aus der dann die genannte Organisation hervorgegangen ist.

Vorname: Stephan	Familienname: Lausch	
Beruflicher Hintergrund: Koordinator der Initiative für mehr Demokratie		
Institution: Initiative für mehr Demokratie / Iniziativa per più democrazia		
Position: Koordinator / Geschäftsführer		
Straße: Silbergasse 15		
PLZ: 39100	Ort: Bozen	Land: Italien
Telefon: 0039 0471 324987		
Fax: idem		
e-mail: <a href="mailto:info@dirdemdi.org">info@dirdemdi.org</a>		
website: <a href="http://www.dirdemdi.org">www.dirdemdi.org</a>		
Rolle im beschriebenen Verfahren: Projektleiter, Koordinator, Organisator		
Bereit für Detailauskünfte: ja		